

**Grundsatzbeschluss zum Konsolidierungspaket II für die Jahre 2026 - 2028**  
**(Referent: Herr Fleckinger)**

**Antrag:**

1. Die Finanzplanung weist in den Jahren 2026 – 2028 nicht gedeckte Unterfinanzierungen im Verwaltungshaushalt aus. Der Stadtrat nimmt das erforderliche Konsolidierungsvolumen von durchschnittlich mindestens 25 – 30 Mio. Euro p. a. zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung und die städtischen Tochterunternehmen werden mit der Ausarbeitung konkreter Konsolidierungspotentiale beauftragt. Als erste Rahmendaten, die im weiteren Verlauf fortzuschreiben sind, werden dazu unter Maßgabe der näheren Erläuterungen im Kurzvortrag vorgegeben:
  - a. Die Personalkosten im Kernhaushalt sind durch eine Wiederbesetzungssperre sowie pauschale Personalkosteneinsparungen bereits zum Haushalt 2026 nachhaltig um 7 – 9 Mio. Euro p. a. zu reduzieren.
  - b. Alle freiwilligen Leistungen und Aufgaben der Kernverwaltung wie der städtischen Tochterunternehmen sind schnellstmöglich einer qualifizierten Aufgabenkritik zu unterziehen. Ziel ist eine Reduzierung der zugehörigen Personal- wie Sachkosten um mindestens 10 - 12 Mio. Euro p. a.. Erste Teilergebnisse sollen bereits zeitnah dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Prozess der substanziellen und sorgfältigen Überprüfung aufgrund der Komplexität und des Volumens in mehreren Schritten mittelfristig angelegt ist.
  - c. Für die Personalkosten der Beteiligungsunternehmen wird ebenfalls eine pauschale Reduzierung um 3 % angestrebt, die möglichst haushaltswirksam auf Seiten der Stadt einzubringen sind. Die Einsparungen sind – sofern sich nicht haushaltswirksam auf Seiten der Stadt sein können - dafür zu verwenden, die Gebührenhaushalte zu entlasten und künftige Einlagen seitens der Stadt zu vermeiden. Entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten und Konsequenzen sind aufzuzeigen.
  - d. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis Juni Möglichkeiten für die Generierung von Mehreinnahmen i. H. v. mindestens 8,0 Mio. Euro p. a. aufzuzeigen.
  - e. Das Investitionsprogramm (ab 2026) ist kritisch zu hinterfragen und so anzupassen, dass durch eine Reduzierung der investiven Ausgaben von 30 Mio. Euro p. a. ein um mindestens 1,5 Mio. Euro p. a. geringerer Schuldendienst erforderlich sein wird.
  - f. Die Verwaltung wird beauftragt, das städtische Immobilienvermögen auf seine Relevanz für die kommunale Aufgabenerfüllung hin zu überprüfen. In absehbarer Zeit nicht mehr benötigte Objekte und Immobilien, welche eine negative Wirtschaftlichkeitsprognose aufweisen, können veräußert werden.
3. Das Finanzreferat wird beauftragt, die laufende Entwicklung der finanziellen Situation weiter zu beobachten und den Stadtrat unverzüglich über positive wie negative Veränderungen im erforderlichen Konsolidierungsvolumen zu unterrichten und ggf. weitere Maßnahmen vorzuschlagen.

4. Die Beschlusspunkte vier (Finanzierungsvorschläge bei Beschlussvorlagen der Verwaltung) und fünf (Folgekosten bei investiven Maßnahmen) aus dem ersten Konsolidierungsgrundsatzbeschluss (V0869/23) gelten unverändert fort.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.04.2025	Vorberatung
Stadtrat	10.04.2025	Entscheidung

**Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 03.04.2025**

*Die beiden Tagesordnungspunkte TOP 1 – V0167/25 und TOP 2 V0178/25 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.*

Herr Fleckinger gibt einen Überblick über den Haushalt und den Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung. Er merkt an, dass die Erarbeitung des ausgeglichenen Haushalts 2025 ein intensiver Aufwand und eine intensive Zeit gewesen sei. Weiter verweist der Finanzreferent auf die Gründe, warum erst im April eine Haushaltsbeschlussfassung möglich ist. Dies betreffe die umfangreiche Umplanung in den Sachbudgets im Investitionshaushalt, damit der Ausgleich des Haushalts überhaupt erstellt werden konnte. Auch seien angesichts der sehr einschränkenden Finanzlage und des Konsolidierungserfordernisses Abstimmungsgespräche mit der Regierung notwendig gewesen, um eine Haushaltsgenehmigung in Aussicht gestellt zu erhalten. Ob dies gelingen werde, sei jetzt von der Beschlussfassung des Stadtrates über den Haushalt im Verbund mit dem zugleich vorgelegten Grundsatzbeschluss zur Konsolidierung abhängig. Bei einer positiven Beschlussfassung werden im Juni dann konkret die ersten abgestimmten Detailübersichten dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Hierzu verweist Herr Fleckinger auf die Aufgabenkritik, das Thema der freiwilligen Leistungen und die konkreten Vorschläge zu den weiteren Einsparpunkten.

Er informiert, dass die vorliegende Haushaltsvorlage 2025 im üblichen Format vorliege. Der Transparenz wegen sei aber eine deutlich umfassendere Anlage mit den kompletten Einzelplänen und dem Gesamtplan übersandt worden. Der Gesamtplan gebe ein noch genaueres Bild über die Haushaltssituation und die einzelnen rd. 13.000 Haushaltstellen mit den entsprechenden Ansätzen. Im zusammenfassenden Vorbericht seien die wesentlichen Aussagen zu den Planansätzen bis hin zur Mittelfristplanung aufgeführt. Weiter verweist Herr Fleckinger auf die wesentlichen Eckdaten des Haushalts. Diese betragen im Gesamtvolumen rd. 1 Milliarde Euro, wovon 706 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt und ungefähr 297 Mio. Euro im Vermögenshaushalt ausgewiesen sind. Der Finanzreferent bittet, dies etwas differenziert mit den Summen der Vorjahre zu vergleichen. Durch die extreme Zuführung in den Verwaltungshaushalt komme ein verfälschtes Bild auf. Beim Vergleich mit den Vorjahresbezügen müssen vorrangig die einzelnen Ausgabenpositionen betrachtet werden. Hierbei handelt es sich um Personalkosten, Sachkosten und Sozialleistungen und im Vermögenshaushalt die Investitionen und die Investitionsfördermaßnahmen. Nur so ergebe sich ein realistisches Bild im Vergleich zu den Vorjahren. Für Kreditaufnahmen seien 2025 rund 135,4 Mio. Euro vorgesehen. Weiter gibt Herr Fleckinger Erläuterungen zu einzelnen Positionen im Verwaltungshaushalt. Hier sei das Problem, dass in den nächsten Jahren ein sehr stringenter und deutlicher Konsolidierungskurs gefahren werden müsse.

Allein im Jahr 2025 betrage die Unterdeckung im Verwaltungshaushalt 110 Mio. Euro. Dieses Minus konnte nur über die entsprechende Rücklagenmittel ausgeglichen werden. Dies Entwicklung habe seine Ursache in den sehr hohen Ausgabenentwicklungen, sondern ganz wesentlich seien deutliche Einbrüche bei den Steuereinnahmen, namentlich bei der Gewerbesteuer. Der Planansatz für die Gewerbesteuer sei derzeit mit rund 79 Mio. Euro ausgewiesen. Dies sei in den Sitzungen im IAK aufgezeigt worden und folge auch den Prognosen aus dem Vorjahr. Die Stadt Ingolstadt benötige für eine ausgeglichene Mittelfristplanung jährlich zwischen 140 bis zu 160 Mio. Euro an Gewerbesteuer. Herr Fleckinger betont aber zugleich, dass dies aufgrund der hohen Ausgabenentwicklung nur ein Teilaspekt sei. Diese Entwicklung schlage sich im Vergleich zu den Vorjahren nieder. Der Finanzreferent verweist hierzu auf die Änderung des Antrags im Grundsatzbeschluss. Er merkt an, dass man nicht mehr bei rund 25 Mio. liege, die in den nächsten Jahren 2026 bis 2028 auszugleichen seien. Die jetzigen Prognosen stellen sich auf mindestens durchschnittlich 30 Mio. Euro ein. Insofern sei dies eine neue Größenordnung. Zum Vermögenshaushalt verweist er auf die hohen Investitionen des sehr ambitionierten Investitionsprogramms mit einem Baumaßnahmenvolumen von 102 Mio. Euro. Dies betreffe im Wesentlichen die Schulbauten, Investitionsumlagen für das MKKD und auch den Grunderwerb für Schulbaumaßnahmen. Dies seien auch die weiteren Investitionen im Vermögenshaushalt. Herr Fleckinger verweist auf die Seiten 32 und 33 des Vorberichts und die ausführliche Darstellung, speziell für die Baumaßnahmen. Die Kreditaufnahmen für die Investitionen seien nicht nur ein Thema für 2025, sondern auch für die Mittelfristplanung. 135 Mio. Euro für die Kreditaufnahme im Jahr 2025 sei eine sehr stolze Summe. Nach der Beschlussfassung des Stadtrates im vergangenen Oktober, sei für die grün markierten Bauprojekte mit einer Kreditaufnahme von rund 400 Mio. zu rechnen. Bei einer konsequenten Umsetzung und auch der Möglichkeit der Umsetzung der gelb erweiterten Projekte liege man dann insgesamt bei einer Kreditaufnahme von rund bis zu 530 Mio. Euro. Herr Fleckinger merkt an, dass die Konsolidierung wirklich zwingend und nicht weiter aufschiebbar sei. Damit der Haushaltssausgleich in den nächsten Jahren überhaupt sichergestellt werden kann, müsse an das erste Paket 2024 nahtlos angeschlossen werden. Ein weiterer Ansporn für die Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit sei, so viele Mittel zu erwirtschaften, die es ermöglichen, den Investitionsbedarf abzudecken und eine bestimmte Schwankungsbreite an Rücklagen wieder aufzubauen. Die Situation habe sich, wie seit Längerem angekündigt, wieder etwas verschärft. Derzeit habe man zum Planansatz von 79 Mio. Euro ein Anordnungssoll von knapp 64 Mio. Euro. Dies sei aber noch nicht der letzte Stand. Auch werde nächste Woche eine größere Summe, die noch abgehe, eingehen. Angesichts des sich abzeichnenden Fehlbetrages müssten konsequent die haushaltverbundenen Sperren hart eingehalten werden. Herr Fleckinger merkt an, dass es wenige Ausnahmen geben werde. Nach Berechnung der Kämmerei werden diese Sperren, die mit dem Haushalt beschlossen werden, im Verwaltungshaushalt rund 12 Mio. Euro und im Vermögenshaushalt bei den Anschaffungen rund 2 Mio. Euro einbringen. Dies sei das Erfordernis, um die geringeren Gewerbesteuereinnahmen wieder in Teilen kompensieren zu können. Weiter verweist der Finanzreferent auf die ersten Ergebnisse der Konsolidierung. Dies betreffe die dreiprozentige pauschale Kürzung der Personalkosten, die in wesentlichen Teilen bereits in diesem Jahr schon umgesetzt werden soll. Herr Fleckinger hoffe, dass die Ergebnisse, sobald die Beschlussfassung klar sei und auch der Grundsatzbeschluss gefasst ist, im Jahresverlauf erste Ergebnisse, sogenannte QuickWins, bringe. Die Hoffnung sei, dass der Haushaltssatz für die Jahre 2025 so eingehalten werden könne. Der Finanzreferent betont, dass es auch im Vermögenshaushalt keinerlei Spielräume, gebe. Hierzu verweist er auf die heutigen und kommenden Sitzungsvorlagen für vorgesehene Projekte und deren Mehrkosten, die in der bisherigen Finanzplanung nicht enthalten seien. Hierzu verweist er auf Hundszell und andere Vorhaben, die zusätzliche, nicht planbare Kosten beinhalten. Dies verschärfe im Investitionschaushalt die Situation deutlich. Die dauernde Leistungsfähigkeit sei ein wesentliches Prüfungskriterium, welches die Regierung Anfang Dezember nochmals deutlich gemacht habe. Hierzu verweist Herr Fleckinger auf die Berichterstattung und gehe nun davon aus, dass die entsprechende Genehmigung für die Kreditaufnahme erteilt werden könne. Wenn dies nicht gelinge, sei dies fatal, weil dann nicht

mit ganz wichtigen Schulbau-, Straßenbau- und Kitaprojekte begonnen oder diese fortgesetzt werden könnten. Insofern sei die Bitte des Finanzreferenten, weiter dies Linie zu fahren. Weiter verweist er auf die dauernde Leistungsfähigkeit und teilt mit, dass die Fachliteratur davon spreche, dass diese dann vorliege, wenn der Überschuss aus dem bereinigten Verwaltungshaushalt in einer Größenordnung für Ingolstadt heruntergebrochen zwischen 20 und 30 Mio. Euro liege. Herr Fleckinger betont, dass man hier weit davon entfernt sei. Das Konsolidierungspaket bis 2028 gebe zum einen Gelegenheit, den Haushalt auszugleichen und zum anderen, um die Überschüsse zu erwirtschaften und wieder eine solide Linie fahren zu können. Weiter geht Herr Fleckinger auf das zweite Konsolidierungspaket ein. Auch dieses Grundsatzpaket sei der Regierung vorgestellt und darüber diskutiert worden. Die Umsetzung dessen sei Grundlage für eine entsprechende Haushaltsgenehmigung. Dies bedeutet, dass sehr großzügig mit den Personalkostenreduzierungen begonnen werde, die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen und auch die Aufgabenkritik massiv voranzutreiben ist. Als letztes verweist Herr Fleckinger auf die Grundsteuer und teilt mit, dass diese am 1. April 2025 noch bei einer Unterdeckung von 3,1 Mio. Euro liege. Es sei ein normales Vorgehen, dass sich die Abarbeitung der offenen Messbeschiede aufgrund der Grundsteuerreform noch einige Monate hinziehe. Herr Fleckinger gehe davon aus, dass dieser Fehlbetrag bis zum Jahresende ausgeglichen ist.

Wenn das zweite Konsolidierungspaket so umgesetzt wird wie das erste, werde mehr ausgegeben als eingespart, so Stadtrat Wittmann. Dies bedeute, dass man im Minusbereich läge. Wenn dies so erfolge, könne spätestens 2026 der Regierung mitgeteilt werden, dass wahrscheinlich kein Haushalt mehr aufgestellt werden könne. Wie von Herrn Fleckinger mitgeteilt, habe auch Stadtrat Wittmann des Öfteren darauf hingewiesen, dass jährlich 140 bis 160 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen benötigt werden, um auskömmlich zu sein. Auch ein privater Hausherr müsse überlegen, wie er mit seinem Einkommen auskomme. Genau dies blühe auch der Stadt in den nächsten Jahren, ob es gewollt werde oder nicht. Nach den Worten von Stadtrat Wittmann stehen die Zeichen in Richtung kräftiger Wolken, die sich ansammeln. Was dann für ein Gewitter rauskomme, könne heute noch nicht abgeschätzt werden. Er wolle jetzt nicht schwarzmalen, aber Stadtrat Wittmann weise seit dem Jahr 2021 darauf hin, dass man genau in diese Situation komme, in der man sich jetzt befindet. Er betont, dass er kein Hellseher sei, denn es habe keiner voraussehen können, dass die Wirtschaft so belastet werde. Aber man müsse nun damit umgehen. Zum Haushalt 2025 habe er nicht die große Sorge, da dieser mit 110 Mio. Euro aus den Rücklagen ausgeglichen werden könne. Stadtrat Wittmann sei sehr gespannt, ob die nun 30 Mio. Euro eingespart werden können. Wie vom Finanzreferent mitgeteilt, gehe man beim Investitionshaushalt davon aus, dass pro Jahr 30 Mio. Euro eingespart werden müssen. Mit den heute vorliegenden Beschlüssen werde mehr ausgegeben, als in der Planung vorgesehen sei. Dies sei eine Form der Konsolidierung, die müsse man erst einmal nachvollziehen können. Wenn es heiße, man gebe für Schulbauten Geld aus, dann Klinge dies gut und sei auch sehr wichtig. Stadtrat Wittmann wage die Aussage, dass man sich den Standard der letzten Jahre hier nicht mehr leisten könne. Um die Kosten in den Griff zu bekommen, müssen Überlegungen hinsichtlich der Reduzierung des Standards, getroffen werden. Die Mehrausgaben der ergänzenden Projektgenehmigung, können man sich auf keinen Fall mehr leisten. Insofern gelte es nun nach vorne zu schauen und zu überlegen, wo nachhaltig eingespart werden könne. Um auskömmlich zu sein, werden die 30 Mio. Euro jedes Jahr benötigt. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass man sich die 520 Mio. Euro, oder 23 Mio. Euro an Krediten bis zum Jahr 2028, was Zins und Tilgung betreffe, nicht mehr leisten könne. Es müsse sich auch überlegt werden, was es bedeute, wenn bis zum Jahr 2028 eine halbe Milliarde an Schulden gemacht werde. Hier stelle sich die Frage, wie es dann weitergehe und ob man dann fertig sei mit Investitionen. Es sei das Gegenteil der Fall, bei Betrachtung der Investitionsplanungen über das Jahr 2028 hinaus. Dies bedeutet, dass die Verschuldung nach dem Jahr 2028 anhaltend sein werde und dies bei der Prognose des

Gewerbesteuerrückgangs von 79 Mio. Euro. Ursprünglich seien 64 Mio. Euro angesetzt worden. Weiter verweist er auf Gespräche mit Handwerkern, dass die Krise auch im Handwerk bei den Mittelständlern angekommen sei. Dies bedeute, dass auch dort nicht mehr mit steigenden Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen sei. Weiter verweist Stadtrat Wittmann auf das aktuelle Weltgeschehen und die Zölle, die gerade die Automobilindustrie treffen. Seines Erachtens müsse seitens der Kämmerei ein Worst-Case-Szenario, dahingehend, dass man möglicherweise in den nächsten Jahren nur noch diese Einnahmen erzielen werde, aufgezeigt werden. Fraglich sei auch was passiere, wenn mit dem Konsolidierungspaket II nichts eingespart werden könnte. Stadtrat Wittmann glaube, in den nächsten Jahren Beschlüsse zu fassen, die härter seien als alles andere, was dieser Stadtrat und auch die Stadtratsperiode davor je gefasst haben. Eine solche Situation, mit diesen Perspektiven und Prognosen habe es so noch nicht gegeben. Diese Herausforderung müsse nun angenommen und versucht werden, damit umzugehen, denn es müsse mit der Stadt weitergehen. Stadtrat Wittmann verweist auf bereits gefasste Stadtratsbeschlüsse, die nochmals geprüft werden müssen, ob man sich dies überhaupt leisten könne. Vielleicht müsse der ein oder andere Stadtratsbeschluss revidiert werden. Stadtrat Wittmann denke, dass der vorgelegte Entwurf für den Haushalt 2025 mit diesen zusätzlichen Maßnahmen zu Einsparungen insbesondere für die Haushalte 2026 und folgende beitragen werde. Dies sei nach seinen Worten so vertretbar. Er betont aber, dass im laufenden Jahr deutlich die Aufgabenkritik geübt werden müsse und Überlegungen dahingehend getroffen werden, was an freiwilligen Leistungen noch finanziert werden könne. Dies sei nicht die Frage des Wollens, sondern die der möglichen Finanzierung. Wenn man hier leichtsinnig werde, könne die Regierung von Oberbayern ein Stoppschild vorhalten. Dies solle aber so nicht eintreffen. Stadtrat Wittmann spricht im Namen der CSU-Stadtratsfraktion seinen Dank an die Kämmerei für diesen nicht einfachen Haushalt aus. Die Kämmerei habe einen Haushalt, der aus seiner Sicht genehmigungsfähig sei, mit den Vorgaben für die nächsten Jahre aufgestellt. Hier müsse man gemeinsam über die Fraktionen hinweg zusammenhalten, sonst würde man die Krise zum Wohle der Stadt nicht bewältigen können.

Stadtrat Höbusch spricht seinen Dank an die Kämmerei für die gute Arbeit aus. Weiter verweist er auch auf die Weltlage und merkt an, dass mit den Zollbeschlüssen der Sturm schon da sei. Die ersten Analysen von Wirtschaftsexperten zeigen für die nächsten Jahre ein negatives Wachstum auf. Insofern gebe es wenig Spielräume und auch die dauerhafte Leistungsfähigkeit sei ein Bewertungskriterium. Weiter verweist er auf die Diskussion im interfraktionellen Arbeitskreis, mit welchen Inflationsraten und Teuerungsraten dort kalkuliert und auch die Planungen aufgestellt werden. Hier sehe Stadtrat Höbusch leider die aktuellen Zahlen nicht mehr als haltbar an, sondern man müsse sich bei den Planungen mehr Spielräume verschaffen. Wenn es einen globalen Handelskrieg oder Handelsauseinandersetzungen gebe und sich neue Allianzen bilden, habe dies auch auf die stark exportierende Wirtschaft in Ingolstadt Auswirkungen. Stadtrat Höbusch fragt nach, ob es Zahlen gebe, wie exportorientierte Unternehmen in Ingolstadt zum Gewerbesteueraufkommen beitragen. Hierzu verweist er auf Binnenmarktteilnehmer und auf Unternehmer. Nach seinen Worten sei der Haushalt 2025 zustimmungsfähig. Aber die Arbeit habe man in den Jahren 2026 bis 2028 bei den Planungen. Damit müsse seines Erachtens jetzt begonnen werden und in manchen Köpfen von Stadtratskollegen „heilige Kühe“ geopfert werden. Wenn es nicht gelinge, die Ausgaben in dem Maße zu reduzieren, müsse an die Einnahmenseite herangegangen werden. Dies seien geringe Posten, die dann angegriffen werden müssen. Zumutungen seien sowohl Leistungen wegzunehmen, aber auch wenn die Bürger mit entsprechenden Erhöhungen bei der Einnahmenposition konfrontiert werden. Nach den Worten von Stadtrat Höbusch müsse beides bedacht werden.

Auch Stadtrat Schäuble spricht seinen Dank an die Kämmerei und die ganze Verwaltung aus. Letztendlich müsse all das umgesetzt werden, was der Haushalt verspreche. Dies gelte sowohl für die ganze Verwaltung als auch für die Töchter. Wie von seinem Stadtratskollegen Wittmann angesprochen, sei beim letzten Konsolidierungspaket nicht viel umgesetzt worden. Um aber das Ziel zu erreichen, müsse nun eine Umsetzung erfolgen. Es sei seines Erachtens schwer verständlich, dass von Konzernen die Milliardengewinne schreiben, nichts bei der Gewerbesteuer ankomme. Dies sei bei den Betriebsstätten Regelungen leider so. Seine vage Hoffnung sei, dass das Finanzamt hier noch etwas finde. Bei Betrachtung der aktuellen Weltlage hoffe er auf eine schnelle Aufheiterung der wirtschaftlichen Gesamtlage. Gleichzeitig steigen die Gesamtbelaestungen für den Bund, die Verteidigung betreffend, enorm, sodass auch mit Kompensationszahlungen sehr vorsichtig zu rechnen sei. Dies bedeutet Belastungen auf allen Ebenen. Zu den Investitionen teilt er mit, dass im Konsolidierungsausschuss darum gebeten worden sei, die Konsolidierungsziffern über das Jahr 2028 hinaus in den Grafiken weiterzuschreiben. So solle ersichtlich werden, wohin diese Investitionen gehen. Stadtrat Schäuble teile die Sorge ausdrücklich, dass es im Jahr 2028 bei weitem nicht vorbei sei, sondern es erst beginne. Wenn jetzt nicht die Grundlagen geschaffen werden, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, werde die Regierung von Oberbayern im Haushalt sitzen. Aber dies sei Aufgabe des Stadtrates, diesen so zu gestalten, dass man trotz der Krise zu einer positiven Zukunft in der Stadt komme. Der Stadtrat müsse priorisieren, was dieser an Ausgaben und Investitionen richtig halte, um Ingolstadt durch diese Krise zu führen. Stadtrat Schäuble sei sich sicher, dies zu schaffen. Der Zusammenhalt für dieses Ziel sei schon elementar. Hierzu verweist er positiv auf den Konsolidierungsausschuss, der bereits Maßnahmen im Konsens gefunden habe. Das es Diskussionen zu einzelnen Maßnahmen geben werde, sei klar, aber dieser Weg werde gemeinsam beschritten. Eine konstruktive Zusammenarbeit bei diesen enormen Herausforderungen sei man den Bürgern schuldig. Es sei besorgniserregend, mit welcher Geschwindigkeit die Katastrophenmeldungen erfolgen und wie schnell die Gewerbesteuereinnahmen gesunken seien und gleichzeitig die Ausgaben rausgehen. Bei Betrachtung der Bauvorhaben der letzten Jahre gebe es inzwischen eine gute Übersicht, wo man leicht über den Baukosten liege. Das gleiche gelte auch für die Personalkostensteigerung. Mit dem Haushalt 2025 habe man eine sehr realistische Annahme getroffen worden. Es müsse jetzt aufgepasst werden, dass die Stadt nicht mit Krediten überlastet werde. Man sei allen Generationen schuldig, eine Stadt zu hinterlassen, die lebenswert, konstruktiv und handlungsfähig sei. Insofern blicke er mit großer Sorge, aber auch mit Zuversicht dahin, die Haushalte bis 2028 zusammen aufzustellen und hoffe, dies zusammen mit der Verwaltung und dem Stadtrat gut zu gestalten.

Nach den Worten von Stadtrat De Lapuente sei es die richtige Entscheidung gewesen, den Haushalt nicht Ende des letzten Jahres zu verabschieden. Der nun vorliegende Haushalt sei ehrlicher mit diesen Zahlen und der Blick sei hier nochmals schärfer konzentriert. Weiter merkt er an, dass viele Großstädte in Bayern mit den gleichen Problemen kämpfen. Ingolstadt sei nicht die einzige Stadt, die diese Herausforderungen habe. Da sich auch der Bund und die Länder Gedanken hinsichtlich der Finanzierung machen müssen, gehe Stadtrat De Lapuente davon aus, dass der Blick der Regierung von Oberbayern bei nicht ausgeglichenen Haushalten großzügiger sein werde. Trotzdem müsse das Ziel sein, den Haushalt so aufzustellen, dass sich diese Frage nicht stelle. Mit dem Beschluss des Konsolidierungspakets II sei der Haushalt gut gesetzt. Mit dem Grundsatzbeschluss über die Einsparungen, aber auch durch die Generierung der Einnahmensituation sei dies für die nächsten Jahre ein Zeichen, dass in die Zukunft investiert werde. Stadtrat De Lapuente wolle die Stadt nicht totsparen. Er verweist auf die Sorgen der Vereine und Träger. Insofern müsse man bei manchen Entscheidungen mutig sein. Es werde investiert, aber trotzdem der Rotstift angesetzt werden müssen. Deshalb solle man im Jahr 2025 mit etwas Mut vorangehen. Weiter verweist er auf die steigenden Arbeitslosenzahlen in Ingolstadt. Es gebe aber

trotzdem noch Branchen in Ingolstadt, die auch in dieser schlechten Zeit Geld verdienen. Mit Blick in Richtung Bundesregierung, die die Stromsteuer senke, gehe er davon aus, dass die Gastronomie von einem geringeren Mehrwertsteuersatz profitiere. Dies seien Dinge, um etwas anzukurbeln. Wenn in diesem Bereich eine positive Stimmung erzeugt werde, sei dies vor Ort spürbar. Nach den Worten von Stadtrat De Lapuente sei die Welt nicht an den deutschen Grenzen zu Ende, sondern man werde durch den Welthandel beeinträchtigt. Stadtrat De Lapuente spricht sich für den Haushalt 2025 aus und verweist zugleich auf die großen Hausaufgaben. Er gehe in den nächsten Wochen und Monaten hinsichtlich der Streichungen von schwierigen Diskussionen aus. Trotzdem sei er überzeugt, dass man dies auch für die Jahre 2026 bis 2028 hinbekomme.

Stadtrat Köstler spricht auch seinen Dank an die Kämmerei für die nicht leichte Arbeit aus. Wie von seinem Stadtratskollegen Wittmann erwähnt, müssen Herausforderungen angenommen werden. Er sei weniger der Meinung von Stadtrat De Lapuente, dies optimistisch zu sehen. Stadtrat Köstler sehe dies eher schwarzmauerisch und deshalb unterstütze er die Frage nach dem Worst-Case-Szenarium. Die Hoffnung sei, dass vom Bundesetat ein paar Euro in Ingolstadt ankommen. Ob diese Mittel Ingolstadt retten, könne er sich aber nicht vorstellen. Nach seinen Worten sei es notwendig mit diesem Worst-Case-Szenarium eine neue Strategie zu überlegen. Stadtrat Köstler gehe nicht davon aus, dass der Automobilsektor und die deutsche Wirtschaft Ingolstadt weiterbringe. Seines Erachtens benötige man Strategien, die auch Lösungen über das Jahr 2028 darstellen können.

Einen Haushalt aufzustellen, in einer Zeit wo Geld in Überfluss vorhanden ist, mache Spaß. Stadtrat Stachel glaube, dass sich der Spaß in den letzten Wochen in der Kämmerei in Grenzen gehalten habe. Insofern spricht er seinen Dank für die Aufbereitung der Unterlagen und die Darstellung der Möglichkeiten, aus. Der Stadtrat sei darauf angewiesen, dass ihn die Verwaltung, im speziellen die Kämmerei, mit den Zahlen und Daten für eine gute Grundlage für eine Entscheidung, versorge. Auf den Haushalt 2025 bezogen merkt Stadtrat Stachel an, dass seine Sorge in keiner Weise dem Haushalt 2025 gelte, sondern vielmehr die Zukunft betreffe. Er wisse nicht, ob 2028 das richtige Jahr sei, denn er glaube, dass es deutlich darüber hinausgehe. Vor dem Hintergrund, dass man Gewitter rechtzeitig aufziehen sehen sollte, wolle er an seine Ausführungen der letzten Jahre zum Thema Haushalt erinnern. Mit dem Thema der dauerhaften Leistungsfähigkeit werde man sich mehr beschäftigen müssen als gewollt. Stadtrat Stachel sehe das Problem, dass die im Raum stehenden angestrebten Kreditvolumina nicht annähernd bedient werden können und man diese ohne Weiteres genehmigt bekomme. Dies führe dann automatisch dazu, dass von den Plänen deutlich mehr Abstriche gemacht werden müssen. Im Vorgriff darauf sei man gut beraten, die Beschlüsse, die noch nicht in der direkten Umsetzung seien, neu zu bewerten und zu beraten. Ein großes Thema, welches in den Haushalten nicht wirklich vorkomme, sei der Klimawandel und die Transformationen der Energieversorgung. Stadtrat Stachel verweist auf das Reizwort 2035. Der Stadtrat habe die Aufgabe, den Weg dorthin richtig zu beschreiten. Es dürfen nicht nur Luftschlösser gebaut werden, sondern es müsse das umgesetzt werden, was tatsächlich möglich sei. Weiter verweist Stadtrat Stachel auf das Thema Grundsteuer. Dies sei eines der Themen, dass für die Freien Wähler zu Recht eine „heilige Kuh“ gewesen sei. Diese Zeiten seien leider vorbei. Stadtrat Stachel sei dafür hier mit den Bürgern ehrlich umzugehen und dieses Thema ehrlich anzusprechen und weil es nicht anders funktioniere, in Umsetzung zu bringen. Er habe zum vorgelegten Vorschlag mit 530 Punkten angemerkt, dass dies nicht ausreichend sei. Dies sei nun amtlich und es führe kein Weg daran vorbei, denn die Einnahmen werden benötigt. Stadtrat Stachel plädiert dafür dies rechtzeitig anzupacken, auch wenn es nicht erfreulich sei.

Vorbehaltlich der Gesamtzustimmung der AfD-Stadtratsfraktion, werde Stadtrat Schüller dem Haushalt zustimmen.

Stadtrat Lange spricht im Namen seiner Fraktion seinen Dank an die Kämmerei für die Aufstellung des Haushalts, auch wenn es nicht einfach gewesen sei, aus. Er wolle den Blick in die Helikopterperspektive lenken. Stadtrat Lange mache sich Sorgen und glaube, dass Ingolstadt mitten in einer Zeitenwende sei. Es gebe immer noch Bevölkerungswachstum, wachsende Kita- und Schülerzahlen, wachsende Zahlen durch die Alterung der Gesellschaft und auch die Pflegebedürftigkeit, die mit hohen Kosten verbunden sei. Wenn nun der Gürtel enger geschnallt werde, kommen zugleich die Rufe, nicht so eng, damit man keine Luft mehr bekomme. Stadtrat Lange glaube schon, den Gürtel so eng schnallen zu müssen, bis man dies merke. Bei Betrachtung der Zahlen, dürfe nicht nur über die Ausgaben gesprochen werden, sondern auch die Einnahmenseite müsse betrachtet werden. Man könne bereits heute damit beginnen, die Bevölkerung darauf vorzubereiten, dass die Stadt bei Steuern, Gebühren und kostendeckenden Angeboten dies genau betrachten müsse.

Stadtrat Grob verweist auf die drittgrößte Einnahme, die vom Freistaat Bayern eingehe. Hierbei handelt es sich um Schlüsselzuweisungen und sonstige FAG-Zahlungen. Da es vielen Städten so gehe, werden diese Zuweisungen, wo man in den letzten Jahren gut profitiert habe, deutlich weniger. Stadtrat Grob weist darauf hin, dass die Einkommen-, Gewerbesteuer und die FAG-Zuweisungen deutlich nach unten gegangen seien. Deshalb müsse umso mehr der Rotstift angesetzt werden. Stadtrat Grob regt eine schnelle Abstimmung des Haushaltes an, da dies ein positives Signal sei, dass alle die Zeichen der Zeit erkannt haben. Die Formulierung „tot sparen“ könne er nicht mehr hören, weil in der momentanen Zeit dies nicht möglich sei. Denn wenn man nicht spare, sei man tot, so Stadtrat Grob. Er fragt nach, wie viele Schlüsselzuweisungen seitens des Freistaats Bayern für das Jahr 2025 und die nächsten Jahre geplant seien.

Herr Fleckinger teilt mit, dass man für das Jahr 2025 Schlüsselzuweisungen von ca. 17, evtl. knapp 18 Mio. Euro erhalte. Diese decken immer das Vorjahr ab. Für das Jahr 2026 seien es 45,4 Mio. Euro, für das Jahr 2027 – 63,6 Mio. Euro und für das Jahr 2028 – 55,1 Mio. Euro. Herr Fleckinger glaube auch nicht, dass diese Schlüsselmasse und der Verteilungsbetrag in dieser Größenordnung seitens des Freistaates zu halten sei. An Stadtrat Höbusch gewandt könne der Finanzreferent keine Exportfirmen nennen. Er merkt aber an, dass sich der IT- und der KI-Bereich positiv entwickeln werde. Dies müsse für Ingolstadt ein Ansatz sein, in diesem Bereich, neben dem Mittelstand, welcher das Rückgrat der Wirtschaft sei, weiterzumachen. Zum Thema Einnahmen generieren verweist er auf mindestens acht Mio. Euro Steigerung pro Jahr, die im Wesentlichen über Steuererhöhungen generiert werden müssen. Es sei für ihn schon zwingend zu nennen, dass die Erhöhung der Grundsteuer kommen müsse. Zum Thema Bauentwicklung und Investitionsplanungen verweist Herr Fleckinger auf die verwaltungsinterne Abstimmungs runde unter der Leitung von Oberbürgermeister Dr. Kern. Diese Informationen und Arbeitsergebnisse werden mit dem Stadtrat diskutiert werden. Die von Stadtrat Köstler angesprochenen beschossenen Milliarden seitens des Bundes seien dem Finanzreferenten bekannt. Wenn er davon ausgehe, dass diese eins zu eins durchgereicht werden, seien für Ingolstadt ungefähr zwischen 10 und 12 Mio. Euro pro Jahr abgreifbar. Herr Fleckinger gehe hier von 50 Prozent aus. Das Thema Klimawandel werde mit Sicherheit in vielen Positionen über die Bauinvestitionen abgebildet werden. Dies könne Herr Fleckinger aber nicht beurteilen. Zur Grundsteuer müsse die politische Diskussion folgen, denn ohne die 600 Punkte werde man

das Konsolidierungsziel nicht erreichen können. An Stadtrat Lange gewandt stimme Herr Fleckinger zu, den Gürtel enger schnallen zu müssen. Es müssen Positionen zur Einschränkung gesucht werden. Dies werde sowohl für die Verwaltung als auch für die Bevölkerung schmerhaft werden. Die Kompensierung von über 200 Stellen bei Prozessen und Arbeitsabläufen werden für die Bürgerschaft, aber auch für die Verwaltung, ein enormer Akt in den nächsten Jahren werden.

Stadtrat Stachel regt an, die beiden Beschlussvorlagen zur Beratung in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat zu verweisen.

Herr Fleckinger verweist auf die Änderung der Antragsziffer eins der Beschlussvorlage V0178/25. Die 25 Mio. Euro entfallen und es bleiben die 30 Mio. Euro stehen.

Die Beschlussvorlage **V0167/25** und **V0178/25** werden zur Beratung zurück in die Fraktionen und zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.

----

Stadtrat Höbusch erkundigt sich zum weiteren Vorgehen beim Bürgerhaushalt und den angesparten Projektmitteln.

Herr Fleckinger betont, dass dies ein sehr komplexes Thema sei. Oberbürgermeister Dr. Kern habe in internen Abstimmungen sich wesentlich damit befasst. Die Bürgerhaushalte werden in den verschiedenen BZAs diskutiert. Herr Fleckinger teilt mit, dass in den internen Überlegungen ein Grundbetrag ermittelt worden sei, der zur Umsetzung bereits begonnener Maßnahmen bereitgestellt werden könnte. Diesen schlage das Finanzreferat vor, um in die Umsetzung zu gehen. Herr Fleckinger verweist auf Positionen über lange Jahre, die mit Pauschalansätzen angesetzt seien. Hierbei handelt es sich um bis zu 600.000 Euro, die so nicht mehr umgesetzt werden, sondern gecancelt würden. Wie es mit einem weiteren geringen Mittelansatz aussehe, wolle Herr Fleckinger unter der Moderation von Oberbürgermeister Dr. Kern diskutieren. Er betont, dass die städt. Finanzsituation derart eng und schwierig sei, dass die Abwägungen zwischen einer gewissen noch Resterledigung von bestimmten Ansparungssummen von bestimmten Teilen und der Streichung von geplanten Projekten zu entscheiden sei. Hierzu verweist er auf die Projekte der gewünschten Parkour Anlage am Hauptbahnhof und den Pius Park. Hier sollten im Rahmen des langen zeitlichen Verzuges der Projekte Zugeständnisse bei der Mittelübertragung gemacht werden. Herr Fleckinger regt an, alle weiteren noch nicht umgesetzten Projekte abzulehnen. Dies gelte auch für die Verwaltung intern, dass Projekte, die nicht umgesetzt worden seien, zurückgestellt und gestrichen werden. Weiter bittet er die Bezirksausschüsse, in den künftigen Beratungen vorsichtig umzugehen und nicht die nächsten Projekte, die nicht mehr finanziert werden, zu beschließen. Dies schaffe Hoffnungen und Überlegungen, die nicht erfüllbar seien. Herrn Fleckinger sei der hohe Stellenwert der Bezirksausschüsse bekannt. Er bittet aber, dass diese Zurückhaltung üben. Herr Fleckinger weist darauf hin, dass man über freiwillige Leistungen und über Vereinsfinanzierungen diskutiere. Er merkt an, dass zum Teil sicher harte Schritte umgesetzt werden müssen.

